

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordnete Sylvia Bruns, Dr. Stefan Birkner, Jörg Bode, Björn Försterling und Christian Grascha (FDP)

Welche Geheimnisse will die Landesregierung im „Fall Härke“ schützen?

Anfrage der Abgeordneten Sylvia Bruns, Dr. Stefan Birkner, Jörg Bode, Björn Försterling und Christian Grascha (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 28.05.2018

Am 26. Mai 2018 erschien in der *HAZ* ein Artikel mit der Überschrift „Geheimnisverrat im Rathaus? Strafanzeige gegen Härke“. Darin werden Aussagen zu einer angeblichen Verwicklung des Ministerpräsidenten in einen möglichen Fall von Geheimnisverrat durch den Kulturdezernenten der Landeshauptstadt Hannover getätigt.

Neben Mutmaßungen über zurückliegende Konflikte im Rathaus der Landeshauptstadt Hannover werden Stellungnahmen der Kommunalaufsicht des Landes zu einer Prüfung einer Gehaltszulage für den Büroleiter des Oberbürgermeisters erwähnt, die vom Kulturdezernenten für rechtswidrig erachtet worden sei.

1. Entsprechen die Aussagen im *HAZ*-Artikel vom 26. Mai 2018 „Geheimnisverrat im Rathaus?“ zum Tätigwerden und zu Kenntnissen des Ministerpräsidenten der Wahrheit?
2. Ist es insbesondere zutreffend,
 - a) dass der Ministerpräsident Unterlagen aus der Personalakte des Büroleiters des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Hannover vom Fraktionsvorsitzenden der CDU im Landtag entgegengenommen hat;
 - b) dass der Ministerpräsident die Unterlagen gesichtet und deren Inhalt zur Kenntnis genommen hat;
 - c) dass der Ministerpräsident diese Unterlagen an den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover weitergegeben hat?
3. Was genau enthielten die dem Ministerpräsidenten übergebenen Unterlagen, und sind diese vollständig identisch mit den Unterlagen, die dieser an den Oberbürgermeister weitergegeben hat?
4. Wann und wo fanden die jeweiligen Übergaben der Unterlagen statt?
5. Aus welchen Gründen hat sich der Ministerpräsident für die Weitergabe der Unterlagen an den Oberbürgermeister entschieden?
6. Hat der Ministerpräsident beim Erhalt oder bei der Weitergabe der Unterlagen irgendeine Art von Zusagen, Zusicherungen oder Versprechungen im Zusammenhang mit dem dieser Frage zugrunde liegenden Gesamtkomplex getätigt?
7. Geht die Landesregierung davon aus, dass die betreffenden Unterlagen mit Übergabe an den Ministerpräsidenten zu einer Akte oder einem Aktenbestandteil der Landesregierung geworden sind, und wie begründet die Landesregierung ihre entsprechende Auffassung?
8. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung von einer im o. g. Artikel angedeuteten Stellungnahme der Kommunalaufsicht zu einer Gehaltserhöhung bzw. Besoldungszulage oder anderen außertariflichen Leistungen des Büroleiters des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Hannover?
9. Wie beurteilt die Landesregierung eine solche Zulage/Zahlung/Erhöhung aus rechtlichen Gesichtspunkten?

10. Welche kommunalaufsichtlichen Tätigkeiten oder Prüfungen hat die Landesregierung hinsichtlich der im o. g. Artikel angedeuteten Zulage/Zahlung/Erhöhung in der Vergangenheit unternommen?
11. Was waren die Ergebnisse dieser Prüfungen?
12. Wen, wann und in welcher Form hat die Landesregierung über diese Ergebnisse informiert?
13. Wie bewertet die Landesregierung den gesamten dieser Frage zugrunde liegenden Komplex aus datenschutzrechtlicher Sicht?

(Verteilt am 30.05.2018)